

Andreas Herbst

»Ich bin mir keiner parteifeindlichen Handlung bewusst ...« Anmerkungen zur Biografie des KPD-Spitzenfunktionärs Wilhelm Hein¹

»Gewaltige Heerschau gegen den Faschismus!«, so überschrieb die *Rote Fahne* am 26. Januar 1933 ihren Bericht über die Demonstration Zehntausender Anhänger und Mitglieder der KPD, die am Vortag stattgefunden hatte.² Martialisch waren die Losungen im Vorfeld: »Parole: Bülowplatz«, »Rotes Berlin! Heraus!« oder »Tretet an, antifaschistische Kolonnen des roten Berlins!«. Es sollen minus 18 Grad in Berlin gewesen sein, als der Aufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus am 25. Januar 1933 gegen 16:30 Uhr mit Fanfarensignalen eröffnet wurde. Schon Stunden vorher begannen die Arbeiter, sich in den Straßen Berlins zu sammeln. Von einer kleinen Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD, grüßten dessen Vorsitzender Ernst Thälmann, die Politbüromitglieder Franz Dahlem, Wilhelm Florin, John Schehr und Walter Ulbricht die Vorbeimarschierenden.

Die Situation war angespannt. Drei Tage zuvor waren am 22. Januar Tausende NSDAP-Anhänger vor der Berliner KPD-Zentrale aufmarschiert. Eine Provokation unter dem Schutz der Polizei. Eine kommunistische Gegendemonstration war für diesen Tag verboten worden. Die sich trotzdem in den Seitenstraßen um den Bülowplatz sammelnden Anhänger wurden zu Disziplin und Besonnenheit ermahnt und zum Stillhalten aufgefordert, was viele enttäuschte.⁴ Die befürchteten blutigen Zusammenstöße zwischen SA und kommunistischen Gegendemonstranten blieben aus, was selbst im *Vorwärts* mit Respekt kommentiert wurde.⁵ Die KPD-Führung hatte sich diese Zurückhaltung auferlegt, um den dauernden Meldungen und Behauptungen von einem unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Putsch keinen Vorschub zu leisten. Stattdessen hatte die Parteispitze am 23. Januar zur großen Kundgebung am 25. Januar aufgerufen. Keiner der Teilnehmer dürfte sich damals vorgestellt haben, dass dies die letzte legale Demonstration der KPD auf dem Bülowplatz sein sollte. Vielleicht glaubten die kommunistischen Parteiführer im Angesicht der dort diszipliniert vorbeimarschierenden Massen, viele von ihnen Mitglieder des verbotenen Rot-

- 1 Ich danke Stefan Heinz, besonders Ulrich Mähler und Hans-Rainer Sandvoß für zahlreiche Hinweise sowie den Mitarbeiterinnen des Bundesarchivs Grit Ulrich und Cesrin Schmidt sowie Monika Schmidt vom Landesarchiv Berlin für ihre Unterstützung bei den Recherchen.
- 2 *Rote Fahne*, Nr. 22. vom 26. Januar 1933, S. 1.
- 3 *Rote Fahne*, Nr. 21. vom 25. Januar 1933, S. 1.
- 4 Siehe Gustav Regler: »Das Ohr des Malchus«, Köln 1958, S. 192.
- 5 Siehe *Vorwärts*, Nr. 39 vom 23. Januar 1933, Morgenausgabe, S. 1.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

22. Januar 1933, Berlin: Polizeischutz des SA-Aufmarsches zur Horst-Wessel-Feier auf dem Bülowplatz gegenüber dem Karl-Liebknecht-Haus.

BArch, Bild 183-H26170, Fotograf: o.Ang.

frontkämpferbundes (RFB), der paramilitärischen Schutztruppe der KPD, einen Moment lang sogar an einen Sieg über die Nationalsozialisten auf der Straße bzw. daran, eine Nazi-regierung verhindern zu können. Mit auf der Tribüne, an der die kommunistischen Massen vorbeimarschierten, standen noch der Hauptkassierer Arthur Golke, der RFB-Funktionär Willy Leow⁶ sowie Wilhelm Hein, Kandidat des Politbüros und KPD-Reichstagsabgeordneter. Seiner Biografie soll hier nachgegangen werden.

Von der Dorfschule ins Politbüro

An diesem 25. Januar 1933 neben den bekannten Parteiführern auf der Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus zu stehen, muss für den am 10. Januar 1889 im pommerischen Goldbeck als Sohn eines Kleinbauern geborenen Wilhelm Hein der Höhepunkt einer steilen Parteikarriere gewesen sein.

- 6 Kurzbiografien aller hier genannten Personen in: Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch. 1918 bis 1945, überarb. und stark erw. Aufl., Berlin 2008 und Supplement, Berlin 2013.

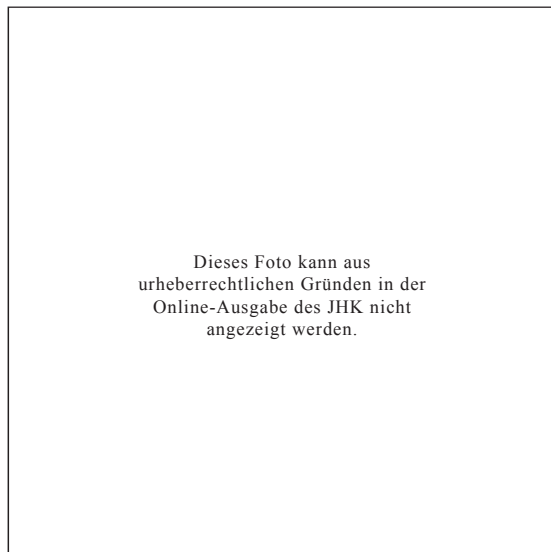
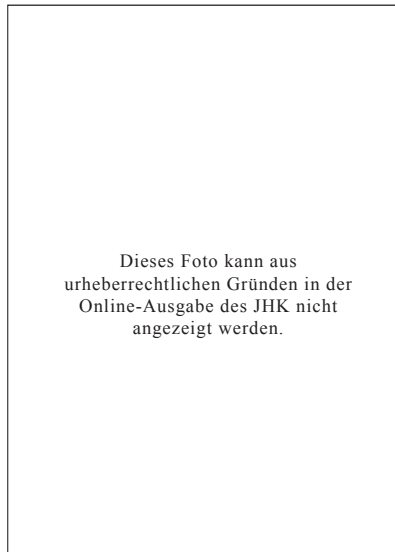
Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

25. Januar 1933, Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus, Bülowstraße, Berlin: KPD-Führung auf der letzten Großdemonstration, v.l.n.r.: Franz Dahlem, Wilhelm Hein, Willy Leow, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin (verdeckt), Arthur Golke, John Schehr, Ernst Thälmann.

Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 Nr. 0081608 / Fotograf: k.A.

Nach dem Besuch der Dorfschule zog Hein als Jugendlicher nach Berlin. Hier arbeitete er zunächst als Hausdiener, Kellner und Destillateur, was ihm später noch zugutekommen sollte. Schließlich lernte er Maschinenformer und arbeitete lange Jahre in diesem Beruf. Politisch engagierte er sich vor 1914 nicht, sieht man von der Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiter Verband (DMV) ab. Den Ersten Weltkrieg erlebte er an verschiedenen Fronten als Soldat mit. Erst mit Kriegsende und beginnender Revolution wurde er 1918 Mitglied der USPD. Mit deren linkem Flügel trat er im Dezember 1920 zur KPD über. Viele Jahre war Wilhelm Hein bei der Berliner Eisengießerei Keyling & Thomas beschäftigt. Das 1886 gegründete Unternehmen stellte Gussteile für Nähmaschinen, Schreibmaschinen sowie für die Elektro-, Maschinenbau- und Automobilindustrie her. Rasch wurde Hein zu einem von den Kollegen anerkannten Gewerkschaftsvertreter, der ab 1924 auch ehrenamtliche Funktionen in der Berliner Verwaltungsstelle des DMV übernahm. 1925 heiratete er die elf Jahre jüngere Käthe Langer, mit der er seit 1921 befreundet war. Die Ehe blieb kinderlos und wurde nach 16 Jahren im Jahre 1941 wieder geschieden.

Im Oktober 1925 wurde der damals 36-jährige Wilhelm Hein zum KPD-Stadtverordneten in Berlin gewählt und ein Jahr später in die KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark berufen. Anfang März 1927 reiste Hein mit den Berlin-



Wilhelm Hein als Reichstagsabgeordneter im Reichstagshandbuch, VII. Wahlperiode, 1932.

Bayerische Staatsbibliothek München, BA/Germ.g. 390 c-1932,2, S. 522, urn:nbn:de:bvb:12-bsb00000007-2

Kurztext zu Wilhelm Hein aus dem Reichstagshandbuch, VII. Wahlperiode, 1932.

Bayerische Staatsbibliothek München, BA/Germ.g. 390 c-1932,2, S. 284, urn:nbn:de:bvb:12-bsb00000007-2

Brandenburger Delegierten zum KPD-Parteitag nach Essen. Bis zu diesem Zeitpunkt war seine Parteikarriere unspektakulär verlaufen. Dies sollte sich auf dem Parteitag auf eindrucksvolle Weise ändern. Hein wurde nicht nur ins Zentralkomitee gewählt, sondern von diesem auch als Kandidat in das Politbüro entsandt, gemeinsam mit Walter Ulbricht. Wenig ist von Heins Parteikarriere bis hierhin überliefert, das ihn für diesen steilen Aufstieg in der Parteihierarchie empfohlen haben könnte. Er hatte seine Karriere wohl der Absicht der Parteiführung zu verdanken gehabt, ein paar »echte« Arbeiter als Aushängeschilder in die Führungsgremien zu bringen.⁷ Hein zeigte jedenfalls zunächst das gewünschte Gespür für das, was von einem neuen Führungskader verlangt wurde. Er zählte zu jenen Delegierten, die in einer Erklärung vehement Parteistrafen für die inzwischen aus der Partei ausgeschlossenen, ehemaligen KPD-Führer Ruth Fischer und Arkadij Maslow forderten. Sie sollten außerdem ihre Parlamentsmandate niederlegen. Im Mai des Folgejahres wurde Wilhelm Hein Mitglied des Reichstags. Bis 1933 blieb er Reichstagsabgeordneter, hielt in dieser Funktion aber nur eine einzige Rede.⁸

⁷ Ein anderes Beispiel ist der Betriebsarbeiter Friedrich Hähnel aus Chemnitz, der dem ZK der KPD von 1927 bis 1929 angehörte, siehe Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten. Supplementband (Anm. 6), S. 99 f.

⁸ Siehe Rede von Wilhelm Hein vom 1. Februar 1929, 37. Sitzung, Verhandlungen des Reichstages, Bd. 423, S. 980–982.

Immer auf der richtigen Seite

Kurz nach seiner Wahl in den Reichstag stand Heins Parteikarriere auf des Messers Schneide, als er bei einem parteiinternen Skandal das Zickzack der politischen Linie nicht einzuschätzen vermochte. Im September 1928 wurde der Parteivorsitzende Ernst Thälmann als Mitwisser einer Unterschlagungsaffäre von Parteigeldern um den Hamburger KPD-Sekretär John Wittorf überführt. Am 26. September schloss das ZK der KPD daraufhin einstimmig Wittorf und drei weitere Hamburger Funktionäre aus der Partei aus.⁹ Einen Tag vorher hatte Wilhelm Hein im Politbüro dafür gestimmt, dass Thälmann von seinem Vorsitz vorläufig entbunden und diese Entscheidung öffentlich gemacht werde.¹⁰ Die Absetzung Thälmanns passte jedoch nicht in die Pläne Stalins. Dieser wollte Thälmann weiterhin als Verbündeten behalten. Stalin sprach sich für Thälmann aus und versuchte, die Veröffentlichung des ZK-Beschlusses zu verhindern, was jedoch misslang.¹¹ Nach anhaltendem Druck aus Moskau ruderte die Mehrheit des Politbüros bereits am 2. Oktober zurück.¹² Drei Tage später, am 5. Oktober 1928, hieß es schließlich in einer Erklärung von 25 Mitgliedern des ZK der KPD: »Die Unterzeichneten erklären nach Kenntnisnahme neuer Tatsachen, daß der aus Anlaß des Ausschlusses von Wittorf veröffentlichte Beschluß des Zentralkomitees vom 26. September 1928 ein Fehler war. Ein Block der rechten und versöhnlerischen Gruppe benutzte den Hamburger Fall, von dem ihm Einzelheiten vorher bekannt waren und den er bei der Berichterstattung entstellte, zu einem entscheidenden Angriff zur Änderung der politischen und innerparteilichen Linie der Partei. Die Unterzeichneten ziehen darum ihre Zustimmung zu diesem Beschluß zurück und erwarten, daß das EKKI die Revision des Beschlusses vornimmt, die die Rehabilitierung des Genossen Thälmann [...] bedeutet.«¹³ Während andere Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats sowie ZK-Mitarbeiter ihre Posten verloren, zum Teil sogar aus der Partei ausgeschlossen wurden, blieb Wilhelm Hein von Parteistrafen, politischen Abschwörungen und Umsetzungen in der Parteiführung verschont.¹⁴

Wieso Hein ungeschoren aus der Affäre hervorging, kann nur gemutmaßt werden. Letztlich war er wohl vor allem ein proletarisches Aushängeschild in der Parteiführung. Nennenswerte Spuren hat der kommunistische Funktionär und Parlamentarier in der Weimarer Republik nicht hinterlassen. Eine der wenigen Gelegenheiten, bei denen Hein öffentlich in Erscheinung trat, war ein Tribunal, das auf Geheiß der KPD am 6. Mai 1929 von der Roten Hilfe einberufen worden war. Es sollte die Hintergründe des sogenannten Blut-Mai untersuchen, mit dem die KPD-Presse die Straßenschlachten etikettierte, die am 1. Mai 1929 Berlin erschütterten. Anlass war ein Demonstrationsverbot gewesen, das der

9 Siehe Rote Fahne, Nr. 227 vom 26. September 1928, S. 2.

10 Bundesarchiv (im Folgenden: BArch) RY 1/I 2/3/8, Bl. 428 f.

11 Siehe »Aus der Partei. Beschluss des ZK zu den Hamburger Vorgängen«, in: Die Rote Fahne, Nr. 228 vom 27. September 1928, S. 3.

12 Siehe »Aus der Partei«, in: Rote Fahne, Nr. 235 vom 5. Oktober 1928, S. 3.

13 »Aus der Partei«, in: Rote Fahne, Nr. 236 vom 6. Oktober 1928, S. 3.

14 Siehe Hermann Weber/Bernhard H. Bayerlein (Hg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003.

sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Karl Zörgiebel im Dezember des Vorjahres erlassen und auch zum traditionsreichen Tag der Arbeit nicht aufgehoben hatte. Dies hatte die KPD dennoch nicht davon abgehalten, ihre Anhänger dazu aufzurufen, am 1. Mai zu demonstrieren und die Machtprobe mit der Polizei zu suchen. Es kam zu schweren Ausschreitungen und zum Einsatz von Schusswaffen auf beiden Seiten. Die drei Tage anhaltenden Unruhen forderten 33 Tote und 200 Verletzte.

Neben Wilhelm Hein hatte die KPD Ottomar Geschke in den Ausschuss entsandt, für den sie neben Rechtsanwälten auch namhafte Schriftsteller und Publizisten wie Alfred Apfel,¹⁵ Alfred Döblin, Alfons Goldschmidt, Stefan Großmann, Egon Erwin Kisch, Heinrich Mann, Carl von Ossietzky und Herwarth Walden gewinnen konnte. Erwartungsgemäß machte der Ausschuss die sozialdemokratisch geführte Polizei für die Ausschreitungen verantwortlich. So erklärte Wilhelm Hein, der der Betriebskommission vorstand, im Verlauf der Untersuchungen: »Durch gemeinsames Zusammenwirken zwischen Polizeipräsidenten und Gewerkschaftsführern wurde unter Anwendung aller militärischen Kampfmittel versucht, die seit 40 Jahren von den Gewerkschaften propagierte Maidemonstration mit den Losungen: Achtstundentag, Sozialismus, Friede, blutig niederzuschlagen.«¹⁶

Sechs Wochen nach den Straßenschlachten traten die Delegierten des XII. KPD-Parteitag vom 9. bis 15. Juni 1929 in Berlin zusammen. Versammlungsort waren die im »roten« Wedding gelegenen Pharus-Säle unweit der Turiner Straße 50, wo Wilhelm Hein wohnte. Auch dieses Mal wurde Hein wieder in das Zentralkomitee und in das Politbüro gewählt, nachdem er zu Beginn des Parteitags die Gelegenheit hatte, den Delegierten die »revolutionären Kampfesgrüße« der Belegschaft der Eisengießerei Keyling & Thomas zu übermitteln. Das Unternehmen, dem Heins politisches Engagement zunehmend ein Dorn im Auge war, kündigte dem Maschinenformer daraufhin wenige Wochen später fristlos. Im September folgte der Ausschluss aus dem sozialdemokratisch orientierten Deutschen Metallarbeiter Verband, nachdem Hein unverhohlen Propaganda für die kommunistische Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) gemacht hatte. Für diese wurde er nun neben seinen Aufgaben als Reichstagsabgeordneter hauptamtlich tätig. Gemeinsam mit Rudolf Lentzsch arbeitete Hein am Aufbau der DMV-Opposition. Im Oktober 1930 sahen sie ihre Stunde gekommen, als 130 000 Berliner Metallarbeiter gegen einen Schlichterspruch in den Streik traten. Doch nach zwei Wochen Arbeitskampf waren viele Arbeiter streikmüde. Nach einer Urabstimmung einigten sich die Vertreter des DMV unter Leitung des 1. Bevollmächtigten Max Urich mit der Arbeitgeberseite, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Trotzdem sahen viele Kommunisten den Streik als Beginn des »Massenkampfes« gegen den »Faschisierungskurs« der Brüning-Regierung und als »Beweis« für den sinken-

15 Die Abteilung I A der Politischen Polizei soll angeblich über die Arbeit der Geschäftsstelle des Ausschusses, die sich in den Büroräumen des Rechtsanwalts Alfred Apfel befand, bestens informiert gewesen sein, siehe Léon Schirmann: *Blutmai Berlin 1929. Dichtungen und Wahrheit*, Berlin 1991.

16 Urteil gegen die Mai-Mörder: Öffentliche Verhandlung des Ausschusses zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge. Stenographisches Protokoll vom 1. Verhandlungstag nebst Anlagen, hrsg. von der Roten Hilfe Deutschlands im Auftrag des Untersuchungsausschusses, Berlin 1929, S. 37–40.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe
des JHK nicht angezeigt werden.

Auf diesem Flugblatt wird der Berliner Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter Verbandes, Max Urich, als Lockspitzel der Politischen Polizei denunziert. Verantwortlich für dieses Flugblatt war Wilhelm Hein.

BArch NY 4454/56

den Einfluss der sozialdemokratischen DMV-Führung. Die KPD-Presse denunzierte Max Urich als Verräter der Arbeiterinteressen und den DMV als eine Gruppe von Streikbruchorganisatoren. Der Versuch der KPD, den Streik unter der Führung der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten weiterzuführen, scheiterte jedoch kläglich. Als Reichstagsabgeordneter verantwortete Hein ein Flugblatt¹⁷ mit der Karikatur des Berliner Bevollmächtigten des DMV Max Urich, der darin bezichtigt wurde, ein Lockspitzel der Politischen Polizei zu sein.¹⁸

Als Kandidat des Politbüros machte Wilhelm Hein 1931 alle Wendungen der KPD-Führung beim Volksentscheid zur vorzeitigen Auflösung des preußischen Landtags mit. Zunächst unterstützte die KPD das Volksbegehren der Rechtsparteien nicht. Noch im April 1931 hatte Thälmann erklärt: »Wir können selbstverständlich nicht mit den

17 Den Hinweis auf die Existenz dieses Flugblattes verdanke ich Stefan Heinz.

18 Siehe Marion Goers/Siegfried Mielke/Matthias Oden: Max Urich (1890–1968), in: Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hg.) unter Mitarbeit von Marion Goers: Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Bd. 1, Berlin 2012, S. 121–142.

Faschisten gegen die Preußenregierung ein gemeinsames Volksbegehren durchführen.« Innerhalb der Führung der KPD gab es jedoch unterschiedliche Meinungen. Heinz Neumann machte den Vorschlag, die KPD solle sich an dem Volksentscheid beteiligen. Hermann Remmele, der mit Neumann für die Beteiligung am Volksentscheid eintrat, erinnerte sich, dass Thälmann und die Mehrheit im Politbüro zunächst dagegen waren.¹⁹ Als einige Tage später aus Moskau die Weisung kam, sich zu beteiligen, stimmte das Politbüro am 22. Juli nahezu geschlossen für die Teilnahme am Volksentscheid.²⁰ Hein rühmte sich später, in den innerparteilichen Diskussionen die Linie von Thälmann, Ulbricht und Dahlem im Politbüro und im ZK bedingungslos verteidigt zu haben.

Es ist nicht überliefert, wie Wilhelm Hein in den internen Debatten der KPD-Führung im Januar 1933 auftrat, ob er für »Losschlagen« oder »Abwarten« votierte. Fakt ist, dass er noch in den letzten Tagen vor dem 30. Januar 1933 als Redner auf KPD-Versammlungen auftrat, wo er den verhängnisvollen Kurs des strategischen Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie und die Einheitsfront propagierte.

Im Februar 1933, nach der Verkündung eines erneuten Wahlganges für den Reichstag am 5. März 1933, stand Wilhelm Hein auf der Reichsliste an elfter Stelle, hinter Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, John Schehr, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin, Hermann Remmele, Fritz Heckert, Franz Dahlem, Fritz Schulte und Lisa Ulrich.²¹

Am 27. Februar 1933, knapp einen Monat nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, brannte der Reichstag. Noch in der Brandnacht ließ Hermann Göring als kommissarischer preußischer Innenminister verbreiten, der »Beginn des kommunistischen Aufstandsversuches« stehe unmittelbar bevor. Nach vorbereiteten Listen nahmen Polizei-, SA- und SS-Kommandos während der Tage und Wochen nach dem Reichstagsbrand Tausende Funktionäre und aktive KPD-Mitglieder fest. Alte Rechnungen wurden blutig beglichen.

Berlin 1945 – Versuch eines Neustarts

Als sich die KPD im Juni 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone des in Trümmern liegenden Deutschlands neu konstituieren konnte, strebte auch Wilhelm Hein einen politischen Neustart an. Der ehemalige KPD-Spitzenfunktionär beantragte an seinem Wohnort in Berlin-Wedding die Aufnahme in die KPD bzw. die Fortsetzung seiner Mitgliedschaft. Wie alle anderen Anwärter musste Hein einen Fragebogen ausfüllen und einen Lebenslauf abgeben. Beide Papiere wurden zunächst in der Grundorganisation und dann in der Zwischenleitung überprüft, bevor sie an die Kaderabteilung der Bezirkslei-

19 Siehe Hermann Weber/Yakov Drabkin/Bernhard Bayerlein: Deutschland, Russland, Komintern, Berlin 2015, Bd. 2, S. 802.

20 Siehe Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007.

21 Gemeinsam wurde er mit Wilhelm Pieck, Ernst Torgler, Arthur Vogt, Karl Olbrych und Albert Kayser im Wahlkreis 2 Berlin auch gewählt, siehe: Verhandlungen des Reichstages VIII. Wahlperiode, 1933, Bd. 457, Berlin 1934, Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages nach Wahlkreisen in der Reihenfolge der Kreis- und Reichswahlvorschläge geordnet.

tung weitergingen. Was Hein im Juni 1945 den Genossen im Wedding zur Prüfung seines Aufnahmegesuchs aufschrieb, ist leider nicht überliefert. 1947 bemerkt Hein, dass sein Aufnahmegesuch 1945 zurückgewiesen wurde.²² Die Bezirksleitung der KPD war zu der Feststellung gekommen, dass Wilhelm Hein zu jener Gruppe von Personen gehörte, die bereits vor 1933 Mitglied waren, aber sich angesichts des Nazi-Terrors passiv verhalten hätten. Da sie der illegalen Parteiarbeit ferngeblieben waren, attestierte man ihnen »verschüttetes Klassenbewusstsein« und begegnete ihnen mit besonderer Zurückhaltung. Im Falle Hein waren zudem rasch Gerüchte und Verdächtigungen aufgekommen, die die Verwaltungsbezirksleitung der KPD Wedding veranlassten, Heins Aufnahmegesuch mit der Begründung abzulehnen, dass sein Verhalten nach 1933 äußerst zwiespältig gewesen sei.²³ Unmittelbar nach der Ablehnung seines KPD-Aufnahmegesuchs trat Wilhelm Hein am 3. Juli 1945 in die SPD in Berlin-Wedding ein. Über Dritte versuchte er dennoch weiter mit alten und neuen Spitzenfunktionären der KPD in Kontakt zu treten. So informierte der ehemalige kommunistische Gewerkschafter und Reichstagsabgeordnete Paul Walter am 4. August 1945 Grete Keilson, Mitarbeiterin der Kaderabteilung des KPD-Zentralkomitees über eine Begegnung mit Wilhelm Hein. Dieser habe ihm gegenüber den Wunsch geäußert, einmal ausführlich mit Franz Dahlem zu sprechen. Außerdem habe Arthur Vogt Hein versprochen, »dass er dafür sorgen werde, dass Hein zu gegebener Zeit evtl. wieder in die Partei aufgenommen wird.«²⁴

Ob sich Wilhelm Hein in den Monaten bis zum Frühjahr 1946 in der Wedding SPD engagierte, ist nicht bekannt. Er dürfte aber zu den Befürwortern der Fusion von SPD und KPD im Frühjahr 1946 gehört haben. Nachdem die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) schließlich im April gegründet wurde, gab es keine automatische Überführung der KPD- und SPD-Mitglieder in die neue Partei. Heins Antrag auf Aufnahme in die SED wurde am 3. Juni 1946 stattgegeben. Unter alten Wedding Kommunisten führte dies zu vernehmlichem Unmut und Protest, sodass sich die Personalpolitischen Abteilungen des Zentralsekretariats des SED-Parteivorstandes, des Landesvorstandes der SED Groß-Berlin und der Kreisvorstand Wedding mit der Angelegenheit Hein befassten. Er erhielt erneut die Aufforderung, detailliert über den Zeitraum 1933 bis 1945 zu berichten. Vor allem sollte er die Frage beantworten, ob er von der Gestapo verhört worden sei. Daraufhin gab Wilhelm Hein am 12. Dezember 1946 folgende Erklärung ab: »Ich bin nach meiner Haftentlassung im Jahre 1933 bis 1945 von keiner Stelle, weder der Partei, der Polizei, der Gestapo oder von einem Gericht, wegen meiner früheren politischen Tätigkeit oder in Verbindung mit einem ähnlichen Zusammenhang vernommen worden. Ich bin in der Zeit von 1933 bis 1945 zu keiner Gegenüberstellung von in Frage kommenden Instanzen geholt worden. Auch bin ich in keinem politischen Prozess als Zeuge aufgetreten.«²⁵

22 Siehe SED-Fragebogen Wilhelm Hein vom 16.5.1947, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY 30 IV 2/4/281 Untersuchungen des ZS des SED-PV, Bl. 22.

23 Abschlussbericht Wilhelm Hein vom 31.12.1946, ebd., Bl. 58/59.

24 Paul Walter an Grete Keilson, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/281 Untersuchungen des ZS des SED-PV, Bl. 30.

25 Ebd., Bl. 54.

Der Kreisvorstand der Weddinger SED bestätigte daraufhin am 23. Dezember 1946 Heins Mitgliedschaft in der neuen Partei.

Die Untersuchung

Für die mit der Angelegenheit befassten Mitarbeiter der Personalpolitischen Abteilungen des Zentralsekretariats des Partei- und Landesvorstandes war der Fall damit jedoch nicht abgeschlossen. Es wurden weiter Zeugen befragt und Einschätzungen eingeholt. Denn tatsächlich waren die gegen Hein vorgebrachten Vorwürfe erheblich. So berichtete die ehemalige Reichstagsabgeordnete Johanna Sandtner im Februar 1947: »In den ersten Wochen der Illegalität erfuhr ich, dass Wilhelm Hein ins Ausland gereist sei. Bei späteren Zusammenkünften mit den Funktionären meiner Instrukteurgebiete erfuhr ich eines Tages, dass Hein auf dem Wedding ein Bierlokal eröffnet hat.« Hein hätte erklärt, im Auftrag des ZK in Prag diese Kneipe eröffnet zu haben. »Andere wieder erklärten, Hein habe schrecklich geschimpft auf die Verbrecher des Zentralkomitees, die von ihm verlangt hätten, er solle zurück ins Land fahren und in einem anderen Bezirk illegale Parteiarbeit leisten. Er hätte sich zwar Geld geben lassen, ihnen aber etwas gepfiffen. So stark politisch belastete Leute wie er (Hein), können keine illegale Arbeit machen [...] Auf einen Treff ausserhalb Berlins (Friedrichshagen) kam vom Zentralkomitee der Gen. Kreutzburg, welcher ausführlicher über Hein sprach. Er unterrichtete uns, dass Hein tatsächlich Geld vom Zentralkomitee erhalten habe und sich in einen westlichen Bezirk begeben sollte. Das Geld war bestimmt zum Aufbau der Organisation. Hein habe zu allem ja gesagt, sei aber direkt nach Berlin gefahren und [habe] die Kneipe eröffnet.«²⁶

Selbst Arthur Vogt, der Hein gewogen war, machte in einer Erklärung vom 4. März 1947 deutlich, dass er Heins Vergangenheit im Nationalsozialismus für problematisch hielt: »Ich habe mich oft mit ihm persönlich unterhalten, zumal wir in seinem Lokal viele Sitzungen abhalten. Er hat immer wieder seine Unschuld beteuert. Ich habe ihm darauf gesagt: ich an seiner Stelle würde mich doch sehr ruhig verhalten und nicht wieder nach vorn drängeln, denn es ist für den einfach denkenden Arbeiter fast unmöglich, zu glauben, dass man ihm aus lauter Gutmütigkeit oder aus Versehen die Konzession gegeben hat.«²⁷

Walter Ulbricht, der Wilhelm Hein seit ihrer gemeinsamen Wahl ins Politbüro auf dem Essener Parteitag im März 1927 kannte, antwortete am 3. März 1947 auf die Bitte von Grete Keilson, etwas über ihn mitzuteilen: »Zu Eurer Anfrage betr. den früheren Reichstagsabgeordneten Wilhelm Hein, weiss ich nur, dass mit ihm irgendetwas nicht in Ordnung ist. Soweit ich mich erinnern kann, hat er im Berliner Norden eine Bierkneipe gehabt und hatte sich von der KPD losgesagt. Ich schlage vor, daß ihr ihn einmal nach hier bestellt und vernehmt.«²⁸

Ende Mai 1947 bringt Hein seine Lebensgeschichte erneut zu Papier und berichtet: »Am Morgen nach dem Reichstagsbrand wurde ich verhaftet und ins Lehrter Gefängnis eingelie-

26 Johanna Sandtner über Wilhelm Hein, ebd., Bl. 72.

27 Arthur Vogt über Wilhelm Hein, ebd., Bl. 86.

28 Walter Ulbricht an Grete Keilson, ebd., Bl. 87.

fert.²⁹ Wurde nach kurzer Haft entlassen. Lebte bis Anfang Mai in Berlin illegal, ohne mit der Partei oder welchen Genossen Verbindung zu haben. Mir war Grund der damaligen unsicheren Zustände auch nicht bekannt, wo ich einen suchen oder finden konnte und ging 1933 Anfang Mai nach dem Überfall auf die Gewerkschaften durch die Nazis, dem eine neue Verhaftungswelle folgte, wegen Sicherheit nach Prag. Die Nerven brauchten etwas Ruhe. Dort traf ich bekannte Genossen, mit deren Hilfe ich Quartier und Verpflegung erhielt so gut es ging. Nach etwa drei Monaten Aufenthalt ging ich auf Grund von vorher erfolgten Aussprachen, die ein Gen. Erwin [d. i. Franz Schubert, stellvertretender Leiter des Abwehrapparates der KPD, A. H.] leitete, selbiger wohnte dort mit mir in gemeinsamem Quartier, nach Berlin zurück, und wartete in meiner illegalen Wohnung, deren Adresse ich dem Genossen zurückliess, vergebens auf Herstellung einer Verbindung, nunmehr auf mich selbst angewiesen, kehrte ich in meine legale Wohnung zurück. Bald festgestellt im Präsidium vernommen, wo ich die Wahl hatte, einen Revers zu unterschreiben, der mich verpflichtete, dass ich mich auf kommunistischem Gebiet nicht mehr betätigen werde, worauf ich entlassen wurde. Es war mir klar, dass ich weiter unter Kontrolle war – um meinen Unterhalt zu fristen musste ich mich nach einer Beschäftigung bemühen.«³⁰

Diese neue Beschäftigung war die Führung einer Gaststätte. Tatsächlich hatte Hein 1933 eine Konzession zunächst für ein Lokal in der Reinickendorfer Straße 36 und dann für die Kneipe »Klemm« in der Gerichts-, Ecke Adolfstraße 36 erhalten. Die Konzession für die Gastwirtschaft habe er mit Unterstützung von Paul Liftin, dem Präsidenten des Deutschen Gastwirtverbandes, und dem Leiter der Berliner Organisation Wilhelm Klin- gebiehl erhalten, schrieb Hein in seinem Lebenslauf.³¹

Immer wieder beteuerte Hein gegenüber den Parteinstanzen sein integrires und ehrliches Verhalten: »Habe die zwölf Jahre der Nazizeit auch nur mit viel Mühe und Arbeit und Gefahr wie jeder Gegner des damaligen Regimes mein Dasein gefristet, und arbeite erneut nach restlosem materiellen Verlust täglich 14 Stunden um mein Dasein und tägliches Brot in der Hoffnung unter einem sozialistischem Regime eine bessere Zeit zu erleben. Habe nach dem Zusammenbruch nach der Zulassung der Parteien einen Antrag um weitere Anerkennung meiner Mitgliedschaft zur KPD an den Kreis Wedding gerichtet, nach dessen Ablehnung bin ich dann der SPD beigetreten, welche ich nicht mehr als die alte SPD vor 1933 ansah. Nahm als Gast am Bezirksparteitag der SPD teil, sowie am Einheitspartei- tag der folgte, und bin seitdem Mitglied der SED, beteilige mich an der Kleinarbeit und unterstütze mit Hilfe meiner Räumlichkeiten die Tagungen und Beratungen, die bei mir stattfinden. Im Übrigen verweise ich auf die Verhandlungen vor der Kreis- und Landeslei- tung in der Hoffnung, dass das Zentral Sekretariat meine Mitgliedschaft anerkennt.«³²

Letztendlich überwogen aber die Stimmen, die seinen Ausschluss forderten. Am 6. Dezember 1948 schloss der SED-Kreisvorstand Wedding Wilhelm Hein bei einer Gegen- stimme und vier Stimmenthaltungen aus der SED aus. Daraufhin erhob Hein am 30. Dezem-

29 Nach Wilhelm Hein wurde in der Tat gefahndet, siehe Deutsches Kriminalpolizeiblatt, Nr. 1490 vom 1. März 1933, S. 290 und Nr. 1499 vom 11. März 1933, S. 351.

30 Lebenslauf vom 22. Mai 1947, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/281, Bl. 24.

31 Ebd., Bl. 46–48.

32 Ebd., Bl. 24.

ber 1948 erneut Einspruch und schrieb: »Ich bin mir keiner parteifeindlichen Handlung bewusst und bitte Sie, ein ordnungsgemäßes Verfahren gegen mich zu eröffnen.«³³

Was Hein jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht wusste, war, dass seine geschiedene Ehefrau Käthe Hein wenige Tage zuvor, am 18. Dezember 1948, das SED-Kreissekretariat in Berlin-Wedding aufgesucht und eine Aussage von erheblicher Brisanz gemacht hatte. Das Protokoll dieser Aussage war unverzüglich an den zuständigen Mitarbeiter im SED-Parteivorstand, Bruno Haid, weitergeleitet worden. Drei Tage später landete das Papier auf dem Schreibtisch von Franz Dahlem:

»Betrifft: Wilhelm Hein

Der Gen. Rohde, der die Personalpolitik im Kreisvorstand Wedding macht, brachte das beiliegende Protokoll, aus dem sich mit ziemlicher Eindeutigkeit ergibt, dass nach Aussagen der früheren Frau des Wilhelm Hein dieser nicht erst in der Nazizeit mit der Polizei Verbindung aufgenommen hat – was wir seit längerem wussten –, sondern bereits in der Weimarer Republik mit einem Kriminalbeamten, der bei der politischen Abteilung IA beschäftigt war, auf das engste zusammenhing. Aus noch aufgefundenen Briefen und Postkarten ergibt sich, dass Hein in der Zeit, wo er Mitglied des Polit-Büros der KPD gewesen ist, wenn er sich mit Aufträgen längere Zeit ausserhalb Berlins befand, den Polizeibeamten Scheffler aufforderte, zu ihm zu kommen.«³⁴

Franz Dahlem informierte Anfang Januar 1949 Grete Keilson, inzwischen zur Leiterin der Personalpolitischen Abteilung im Zentralsekretariat des SED-Parteivorstandes aufgestiegen: »Lies bitte diesen Bericht der Frau des ehemaligen Mitglieds des Politbüros Wilhelm Hein durch, bevor er an den Genossen Haid zurückgegeben wird. Vielleicht kommst Du dabei auf einige Gedanken und Vorschläge.«³⁵

Bericht von Käthe Hein

»Ich kenne Wilhelm Hein seit 1921 und war vom 28. Mai 1925 bis 21. Mai 1941 mit ihm verheiratet. Er arbeitete damals bei Keyling & Thomas, wo er Betriebsrat war. 1924 anlässlich einer Betriebsversammlung dieser Firma, in der Wilhelm Hein als Redner auftrat, lernte er am Schluß der Versammlung den Kriminalbeamten Willy Scheffler, Berlin N 65 Burgsdorferstraße 12 v. I. l. wohnhaft kennen. Diese Freundschaft ging meines Wissens bis 1941; zuletzt war Scheffler Kriminal-Kommissar bei der Gestapo in der Albrechtstr. Während dieser gesamten Zeit kann ich mich an folgende Angelegenheiten erinnern: Ungefähr vom Jahre 1926/27 an trug ich Material des Zentralkomitees Rundschreiben etc., welches ich vom K.L. Haus abholte in die Wohnung des Schefflers, was der derselbe kurzfristig wieder zurückgab. Es erfolgten aber auch des öfteren Anrufe von Scheffler, wo sie dann Treffs im Prälaten am

33 Ebd., Bl. 133.

34 Ebd., Bl. 2.

35 Ebd., Bl. 3.

Alexanderplatz hatten. Hein führte den Decknamen König und Scheffler den Decknamen Winter. Auch wenn Hein auf Organisationsreise war, musste ich das entsprechende Material, das vom Z. K. kam, an Scheffler weiterleiten. Dieses kann noch belegt werden durch eine Postkarte vom 28.11.1929, die Hein selbst geschrieben hat. Ferner kommen ihre engen Beziehungen in einer Postkarte vom 1.8.1929 zum Ausdruck. Ebenfalls von Scheffler ist noch eine Postkarte, datiert vom 21.3.1930, die dieser mit Winter unterschrieben hat.

Wilhelm Hein hatte mir Scheffler immer als einen guten Bekannten und Bierfreund vorgestellt, so daß ich bis zum Jahre 1932, so um die Weihnachtszeit herum, der gesamten Sache so ziemlich arglos gegenüber stand. Weihnachten 1932 jedoch wurde ich wiederum zu Scheffler in die Wohnung geschickt, wo ich erstaunt feststellte, daß derselbe an seinem Weihnachtsbaum anstelle einer Spitze eine Hakenkreuzfahne angebracht hatte. Als ich von Scheffler zurückkam, sagte ich gleich zu meinem Mann, daß er mir ja einen schönen Freund und Genossen vorgestellt hätte, denn dieser wäre ja Nazi und erzählte ihm das, was ich soeben gesehen hatte. Hein tat zu meiner Bemerkung sehr erstaunt und meinte, daß dieses wohl nicht stimmen würde und ich hätte mich nur getäuscht, was jedoch nicht der Fall war. [...] Im Jahre 1933 fand eine Haussuchung durch die Gestapo statt, die aber sehr oberflächlich vorgenommen wurde, so daß man annehmen kann, daß diese nur mit dem Zweck und Ziel der Deckung von Wilhelm Hein vorgenommen wurde. [...] Als Wilhelm Hein von Prag zurückkam, lebte er ca. 4–6 Wochen illegal bei einem Kollegen oder Genossen, kam jedoch jeden Sonnabend zu mir in die Wohnung baden. Er war dann auch für eine kurze Zeit verhaftet und saß in der Lehrter Str. Ich konnte ihn jedoch jeden Sonntag besuchen. Hierbei konnte ich ungehindert sprechen und ihm Essen bringen. Nach seiner Rückkehr von dort suchte ihn Scheffler sofort wieder auf. Bei der Erlangung der Konzession für das Lokal Reinickendorfer-, Ecke Wiesenstr. war Scheffler maßgeblich beteiligt. Noch in diesem Lokal erhielt Wilhelm Hein, wiederum durch Scheffler einen Waffenschein und eine Waffe und zwar nach einem Vorfall, der sich in dem Lokal zugetragen hatte. Es sind dorthin nämlich Kollegen und Genossen von der Firma Keyling & Thomas und haben gedroht mit Wilhelm Hein abzurechnen. Hein fürchtete sich daher. Im Jahre 1934 verkauften wir dieses Lokal und übernahmen das Lokal von Klemm, Gerichts-, Ecke Adolfstr. Auch in diesem Lokal verkehrte Scheffler weiter und veranstaltete dort, da wir immer Geschäftsschluss hatten, nach diesem Zeitpunkt des Öfteren mit mehreren Kollegen, ca. 8–12 Mann, die ebenfalls von der Gestapo waren, Bierabende.«³⁶

Als die Ehe zwischen Wilhelm und Käthe Hein 1940 zerbrach, machte Käthe Hein ihrem Mann wegen dessen langjähriger Zusammenarbeit mit Willy Scheffler Vorwürfe und erinnerte sich: »Daraufhin drohte Scheffler mir, [wenn ich] auch nur ein Sterbenswörtchen von den Beziehungen zwischen ihm und meinem Mann irgend jemanden erzähle, dann würde in 5 Minuten ein Wagen hier sein, um mich abzuholen und dorthin

36 Ebd., Untersuchungen des ZS des SED-PV, Bl. 4Rs.

zu bringen, wo ich mein Lebtage nicht wiederkomme und ich werde wohl wissen, was das bedeutet und so schweigen.«³⁷

Willy Scheffler, Heins Kontaktmann bei der Politischen Polizei, war nicht irgendwer. Der 1886 im brandenburgischen Geltow geborene Sohn eines Tischlermeisters hatte eine musikalische Ausbildung absolviert und war 1903 als Freiwilliger in die kaiserliche Armee als Musikmeister eingetreten. Von 1914 bis 1918 Weltkriegsteilnehmer, gehörte er nach seiner Demobilisierung 1919 einem Freikorps an, bevor er im Frühjahr 1920 in den Dienst der Berliner Polizei eintrat. Er arbeitete in der Abteilung I A der Politischen Polizei und wurde am 1. September 1932 Mitglied der NSDAP (Nr. 1 332027). Scheffler wechselte im November 1933 vom Polizeipräsidium zur Gestapo in das Dezernat II 1 A 1 (Kommunismus, Anarchismus, Syndikalismus). Am 11. September 1938 trat er in die SS ein (Nr. 323 744), wurde im April 1938 Obersturmführer und ein Jahr später Hauptsturmführer. Zuletzt agierte er als Kriminalbezirkssekretär im Kommunismus-Dezernat der Gestapo (SD) Berlin.³⁸ Bei Kriegsende soll er sich zusammen mit seiner Frau erschossen haben.³⁹

Nach der Lektüre des Berichts von Käthe Hein schrieb Grete Keilson an Franz Dahlem: »Verdacht bestand schon, soweit ich mich erinnere, seit Mai 1929. Es wurden ihm verschiedene Materialien nicht zugestellt. Gr. K.«⁴⁰

Vielleicht erinnerte sich Grete Keilson in diesem Zusammenhang an eine interne Aufstellung vom 26. Dezember 1942 über den Aufenthalt der auf dem XII. Parteitag gewählten Mitglieder und Kandidaten des ZK der KPD. Zu Hein wurde dort vermerkt: »1932 ausgeschl. (Parteiverrat).«⁴¹

Ein öffentlich gemachter Ausschluss Wilhelm Heins aus der KPD in den Jahren bis 1945 ist jedoch nicht bekannt. Auf der Brüsseler Konferenz der KPD, die vom 3. bis 15. Oktober 1935 in Kunzewo bei Moskau stattfand, führte Wilhelm Pieck im Zusammenhang mit einer Aufstellung über den Verbleib der zentralen Funktionäre summarisch aus, dass von 422 Funktionären 21 zu Verrätern wurden, 16 desertierten und 4 abgehängt wurden, weil sie sich als zweifelhaft erwiesen hätten. Unter den Verrätern befanden sich laut Pieck »6 ehemalige Redakteure, 1 Bezirkssekretär, 1 Unterbezirkssekretär, 4 Parlamentarier.«⁴²

Zusätzlich zu dem detaillierten Bericht seiner geschiedenen Ehefrau belastete ein Ende Oktober 1948 entdeckter Aktenfund Wilhelm Hein.⁴³ Die von ehemaligen Mitarbeitern der KPD-Abwehr aufgebaute Pressestelle des Polizeipräsidiums Berlin hatte nach Kriegsende über ganz Berlin verstreute Akten der NSDAP, der NS-Justiz, des Reichssicherheitshauptamtes und anderer NS-Institutionen aufgespürt und zusammengetragen. Diese Dokumente kamen nach und nach in den Bestand der Personalpolitischen Abtei-

³⁷ Ebd.

³⁸ Siehe BArch, SS-Personalakte Willy Scheffler VBS 2836050000558.

³⁹ Landesarchiv Berlin (im Folgenden: LAB), B Rep 057-01 Psch 22, Scheffler, Willy.

⁴⁰ SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/281, Bl. 3.

⁴¹ SAPMO-BArch, RY 1/I 1/1/28, Bl. 15.

⁴² SAPMO-BArch, RY 1/I 1/1/32, Bl. 142.

⁴³ Siehe SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/4/281, Bl. 122.

lung des Zentralsekretariats der SED.⁴⁴ Hier fanden Bruno Haid und seine Mitarbeiter im Schlussbericht der Gestapo in der Strafsache gegen den Kommunisten Herbert Nicolai vom 10. Januar 1939 zu Wilhelm Hein folgende Bemerkung: »Hein ist ehemaliger kommunistischer Reichstagsabgeordneter. Er ist seit 1918 politisch organisiert. Nach Auflösung der KPD, hat er sich nicht für sie illegal betätigt, sondern er arbeitet jetzt vielmehr an der Bekämpfung der illegalen KPD. Das Aufsuchen seines Schanklokals, das sich seinerzeit in Berlin, Reinickendorfer Str. 36 befand, durch Karl Bartel und »Humboldt« hat lediglich zu Informationszwecken gedient, um festzustellen, was für Gäste in diesem Lokal verkehren.«⁴⁵

Damit war der Sachverhalt eindeutig. Am 13. Juni 1949 informierte die Landes-Partei-Kontrollkommission Wilhelm Hein:

Betr.: Ihren Einspruch gegen Ihren Ausschluss aus der Partei

Wir teilen Ihnen mit, dass Ihr Einspruch gegen Ihren am 6.12.1948 durch den Kreisvorstand Wedding erfolgten Ausschluss aus der Partei durch Beschluss der Landes-Partei-Kontrollkommission und des Sekretariats des Landesvorstandes abgelehnt worden ist.⁴⁶

Auffällig ist, dass Heins Ausschluss merkwürdig geräuschlos verlief. Ganz anders war dies im Falle Wilhelm Kaspers, der vor 1933 ebenfalls dem Politbüro angehört hatte und dessen Parteiausschluss wegen »bestimmter Arbeiten im Dienste der Goebbels-Propaganda« im Juni 1947 im *Neuen Deutschland* veröffentlicht worden war.⁴⁷ Um unnötigen Diskussionen und peinlichen Fragestellungen aus dem Wege zu gehen, blieb es im Folgenden auch intern bei der Sprachregelung, dass der Kandidat des Politbüros, der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hein erst nach 1933 zum Gestapo-Spitzel geworden sei. Dass er bereits vor 1933 als V-Mann der Politischen Polizei gearbeitet hatte, wussten nur wenige.

Trotz dieser Abfuhr zog sich Wilhelm Hein nicht aus dem politischen Leben zurück. Er fand Aufnahme in der SPD, der er 1945/46 schon einmal kurzzeitig angehört hatte. Ohne besondere Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, die eventuell zu weiteren Enthüllungen gegen ihn hätte führen können, betrieb er seine Gaststätte weiter. Im April 1953 beantragte er die Anerkennung als politisch Verfolgter nach den Richtlinien des in West-Berlin geltenden Gesetzes für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte. Unmittelbar nach Kriegsende hatte er diese Antragstellung beim Hauptausschuss »Opfer des Faschismus« in der noch ungeteilten Stadt unterlassen. Bürgen, die ihm 1953 bestätigten, dass er in den Jahren 1933 bis 1945 gegen das Naziregime gearbeitet habe und deswegen verfolgt worden sei, waren nun Weddinger Sozialdemokraten und einstige Widerstandskämpfer

44 Siehe Michael Kubina: Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945–1946, in: Manfred Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale: Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 89 f.

45 BArch, R 3018/ ZC 12438, Bd. 8, B. 129Rs.

46 Ebd., Bl. 137.

47 Neues Deutschland, Nr. 129 vom 6. Juni 1947, S. 2.

wie Willy Nathan, Emil Barteleit und Georg Konieczny. Sie alle kannten Hein als ehemaligen aktiven Kollegen aus dem DMV und rührigen Gastwirt. Von Heins Doppelrolle ahnten sie nichts. In seinem Antrag berichtete Hein über seine Haftzeit und seine Flucht nach Prag. Dieses Mal gab er vor, er habe sich der Widerstandsgruppe der SPD um Otto Wels, Philipp Scheidemann und Friedrich Stampfer angeschlossen. Außerdem sei er auch bei der Gründung der Zeitung *Neuer Vorwärts* beteiligt gewesen.⁴⁸ Am 22. November 1955 entschied die politische Schiedsstelle beim Senator für Arbeit und Sozialwesen: »Der Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgter wird abgelehnt.«⁴⁹ Zur Begründung hieß es: »Der Antragsteller kann [...] als politisch Verfolgter nicht anerkannt werden, weil 1. nicht nachgewiesen worden ist, dass er deshalb verhaftet wurde, weil er den Nationalsozialismus mit dem Ziel seiner Beseitigung bekämpft hat, in erster Linie aber deshalb, weil der Freiheitsentzug nur etwas mehr als zwei Monate dauerte und nicht 6 Monate.«⁵⁰

Zu diesem Zeitpunkt sollten Wilhelm Hein nur noch wenige Lebensjahre beschieden sein. In der Rubrik Nachrufe der sozialdemokratischen Wochenzeitschrift *Berliner Stimme* vom 22. Februar 1958 wurde mitgeteilt: »Wilhelm Hein, N 65 Gerichtstr. 35, ist am 17. Februar 1958 im 70. Lebensjahr verstorben.«⁵¹

Spurensuche

Hermann Weber, der 2014 verstorbene Nestor der deutschen Kommunismusforschung, führte in seiner Einleitung zum biografischen Handbuch *Deutsche Kommunisten* aus: »Unter den Kadern befanden sich immer aufrechte Idealisten, unerschrockene Streiter für eine bessere Welt, integre Personen, aber auch ihnen war nichts Menschliches fremd. Daneben wirkten allerlei fanatische Revoluzzer, kompromißlose Radikalinskis, verwegene Abenteurer, korrumpierte Egoisten, rücksichtslose Gewaltmenschen und zynische Karrieristen und selbst brutale Rabauken.«⁵²

Weber war bereits in den 1960er Jahren zu der Überzeugung gelangt, dass Wilhelm Hein nicht zum Kreis der integren Personen zählte. Auf der Basis seiner zahlreichen Interviews mit ehemaligen kommunistischen Funktionären und intensiver Archivarbeit hatte sich bei ihm das Bild verdichtet, dass Hein nach 1933 mit der Gestapo zusammengearbeitet hatte.⁵³ In vielen späteren Veröffentlichungen wurde auf diese Feststellung

48 Entschädigungsakte Wilhelm Hein, Landesverwaltungsamt (im Folgenden: LVA) Berlin, Sign. 16641.

49 Ebd., Bl. 35Rs.

50 Ebd.

51 *Berliner Stimme*, Nr. 8. vom 22. Februar 1958, S. 8. Auch im überlieferten Telegraf-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD) fanden sich keine Hinweise auf Wilhelm Hein.

52 Weber/Herbst: *Deutsche Kommunisten* (2008, Anm. 6), S. 33 f.

53 Siehe Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1969, Bd. 2, S. 157 f. In der 2013 im Supplement zum Band »Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch« (Anm. 6), 1918 bis 1945 veröffentlichten erweiterten Kurzbiografie von Wilhelm Hein konnte Hermann Webers Aussage erstmals teilweise konkretisiert werden.

zurückgegriffen, aber auch deren Autoren konnten dafür keine konkreten Belege vorlegen.⁵⁴ Herbert Wehner, der Hein aus dem Karl-Liebknecht-Haus kannte, charakterisierte ihn in seinen Erinnerungen wie folgt: »Wilhelm Hein, Mitglied des Politbüros, Reichstagsabgeordneter und früherer Metallarbeiter, eröffnete im Norden Berlins eine Bierkneipe, nachdem er nach sehr kurzer Haft freigelassen worden war. Es hieß, daß er mit der Polizei in Verbindung stehe, und daß seine Kneipe dazu diene, Arbeiter anzulocken. Hein war wie Leow [gemeint ist Willy Leow, 2. Vorsitzender des Rotfrontkämpferbundes, A. H.], ein kraftmeierischer Renommierprolet, der sich auf seine sogenannte Urwüchsigkeit viel zugute getan hatte.«⁵⁵

Die SED-Geschichtsschreibung machte um Wilhelm Hein einen großen Bogen. So taucht sein Name in der achtbändigen *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* überhaupt nicht auf.⁵⁶ Dafür wird Heins kommunistischer Reichstagskollege Ernst Torgler als Parteifeind entlarvt.⁵⁷ In der Chronik der *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Teil II 1917 bis 1945* wird Hein im Kontext der personellen Zusammensetzung des Zentralkomitees der KPD nach dem XI. (1927) und XII. Parteitag (1929) zwar erwähnt, jedoch mit einem falschen Vornamen, ebenso im Band 2 des *Sachwörterbuchs der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung*.⁵⁸ In der 1979 von der SED veröffentlichten Thälmann-Biografie wurde Hein im Zusammenhang mit seiner 1927 erfolgten Wahl zum Kandidaten des Politbüros genannt, jedoch seine erneute Wahl 1929 auf dem Weddinger Parteitag verschwiegen.⁵⁹ Probleme hatte die SED vor allem mit dem Originalfoto vom 25. Januar 1933 und den darauf abgebildeten Personen auf der Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus. In einem 1955 veröffentlichten Band über Ernst Thälmann sieht man nur Thälmann, John Schehr und Walter Ulbricht.⁶⁰ Es fehlen der 1953 in Ungnade gefallene Franz Dahlem, der »Verräter« Wilhelm Hein, Wilhelm Florin sowie Willy Leow und Arthur Golke, die in den stalinschen Säuberungen ihr Leben verloren hatten. In der 1979 veröffentlichten Thälmann-Biografie wird zwar das Foto ohne Retusche gezeigt, aber in schlechter Auflösung und ohne Heins Namen zu erwähnen.⁶¹ Auch in dem 1986 anlässlich des 100. Geburtstages von Thälmann veröffentlich-

54 Siehe Klaus Kinner: *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität*, Bd. 2: *Gegen Faschismus und Krieg (1933–1939)*, Berlin 2005, S. 85, 295; Rudolf Morsey: *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 693. Weber/Drabkin/Bayerlein (Hg.): *Deutschland, Russland, Komintern* (Anm. 19), S. 804.

55 Herbert Wehner: *Zeugnis*, hrsg. von Gerhard Jahn, Köln 1982, S. 89.

56 Siehe ausführlich Siegfried Lokatis: *Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht*, Köln u. a. 2003, S. 252.

57 Siehe *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 5, 1933–1945, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Walter Ulbricht, Berlin 1966, S. 43.

58 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Chronik Teil II von 1917 bis 1945*, Berlin 1966, S. 206 und 242; *Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 2, Berlin 1969–1970, S. 856 f.

59 Siehe Günter Hortzschansky u. a.: *Ernst Thälmann. Eine Biographie*, Berlin 1979, S. 325 und 436.

60 Siehe Ernst Thälmann. *Bilder und Dokumente aus seinem Leben*, hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Berlin 1955, S. 169.

61 Siehe Hortzschansky u. a.: *Ernst Thälmann. Eine Biographie* (Anm. 59).

ten Prachtbildband zeigen die Herausgeber das Originalfoto zwar ohne Retusche aller abgebildeten Personen, aber auch diesmal ohne Nennung von Wilhelm Hein.⁶² Eberhard Czichon und Heinz Marohn, die »Thälmannexperten« der Deutschen Kommunistischen Partei, die laut Klappentext ihres Buches »akribisch die Archive durchforsteten, sachlich und historisch genau, manchmal minutiös für neue Klarheit« sorgen, erwähnen in ihrer 2010 herausgegebenen Publikation *Thälmann. Ein Report* Wilhelm Hein ein einziges Mal. Auf der Tribüne ist er auch hier wieder der Mann ohne Namen.⁶³

Mit den im Bundesarchiv überlieferten und erstmals ausgewerteten Akten aus dem Bestand »Untersuchungen der Personalpolitischen Abteilung des Zentralsekretariats des SED-Parteivorstandes« kann nun belegt werden, dass Hein nicht nur wie angenommen nach 1933 der Gestapo diente, sondern dass er der ranghöchste Funktionär der KPD der Weimarer Republik war, der lange vor 1933 einen Frontwechsel von der KPD hin zum Vertrauensmann der Politischen Polizei vollzogen hatte. Dem Nachrichtendienst der KPD gelang es vor und nach 1933 nicht, Wilhelm Heins V-Mann-Tätigkeit aufzuklären, auch wenn Grete Keilson schreibt, man habe seit 1929 einen Verdacht gehegt. Selbst wenn schriftliche Überlieferungen zu den konkreten Inhalten von Heins Tätigkeit nicht vorliegen, ist jedoch unstrittig, dass Hein seit 1924 unter dem Decknamen »König« den Kriminalsekretär der Abteilung I A im Berliner Polizeipräsidium und späteren Gestapo-Kommissar Willy Scheffler, Deckname »Winter«, traf und ihn über interne Vorgänge und Personen aus dem Zentralkomitee und dem Politbüro der KPD informierte. Hein gehörte somit zu jenen Personen, über die der Berliner Vize-Polizeipräsident Bernhard Weiß 1928 allgemein sagte: »Jede politische Polizei, die ihrer Aufgabe erfolgreich gerecht werden will, muß von Vertrauensleuten, von Spitzeln Gebrauch machen.«⁶⁴

62 Siehe Ernst Thälmann. Bilder, Dokumente, Texte, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1986, S. 317.

63 Siehe Eberhard Czichon/Heinz Marohn: *Thälmann. Ein Report*, Berlin 2010, S. 610, 665.

64 Klaus-Michael Mallmann: Die V-Leute der Gestapo, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hg.): *Die Gestapo. Mythos und Realität*, Darmstadt 1991, S. 280.